

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis 10 Pf. pro Woche. Einzelnummern 10 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Angabenpreis: die 8spaltige Reklamzeile 20 Pf., die 4spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 2spaltige Reklamzeile im täglichen Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostsen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 168 — 91. Jahrgang Teleg.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Polstsch.: Dresden 2640 Mittwoch, den 20. Juli 1932

Feuer im „Konferenzschiff“.

Der abergläubisch ist, mag ja umkehren, wenn ihm eine schwarze Sage über den Weg läuft. Und für abergläubische Engländer bzw. Engländerinnen mag es kein gutes Vorzeichen sein, daß auf dem „Konferenzschiff“, das die englischen Delegierten zur Reichskonferenz nach Kanada gebracht hat, Feuer ausgebrochen ist. Waldwin selbst, der vorläufige Führer der Delegation — erst später wird auch Macdonald nach Ottawa reisen — habe aber durch geschicktes und schnelles Eingreifen den Ausbruch einer Panik verhindert. Und bald darauf hat der Dampfer infolge Nebels mit einem Frachtschiff eine Kollision gehabt, die aber der stolzen „Empress of Britain“, der Kaiserin von Britannien, auch weiter nichts geschadet hat. Wenn man also eine derartige Konferenzfahrt mit Hindernissen als ungünstiges Vorzeichen deuten mag, so kann man dies schon deswegen tun, weil die Fahrt der Konferenz selbst zweifellos durchaus nicht ganz glatt und ohne Kollisionen verlaufen wird.

Seit vor 30 Jahren der Vater des jetzigen Schatzkanzlers und seines Bruders Austen, der als Urheber des Vortrages noch nicht vergessene Joe Chamberlain, die handelspolitisch bedeutsame Idee des „Greater Britain“, des „Größeren Englands“, erfunden hat, hat sich im englischen Weltreich gerade auf wirtschaftlichem Gebiete vieles ganz grundlegend geändert. Aus den damals noch heranwachsenden Kindern sind inzwischen sehr selbständig handelnde Männer geworden, die auch wirtschaftlich sich sehr leicht auf eigene Füße gestellt haben. — übrigens nicht zuletzt unter dem Einfluß des Weltkrieges. Gerade in den großen Dominien Englands, in Indien, Südamerika, Kanada, Australien und — wenn man es anreihen darf — Ägypten, vollzog sich eine Industrialisierung der größten Ausmaße, die dem eigenen „Mutterlande“ wirtschaftlich schweren Abbruch getan hat und noch tut. Man braucht z. B. nur an die großen Verluste zu erinnern, die eine der englischen Standardindustrien, nämlich die Textilindustrie, erst durch die Konkurrenz, dann durch den Warenboykott Indiens erlitten hat. Trotzdem haben insbesondere Kanada und Australien immer noch einen ausgeprägten Agrarcharakter als Großproduzenten agrarischer und nicht zuletzt auch industrieller Rohstoffe, — aber zwischen England und Irland ist gerade ein Volkstriebe ausgebrochen!

Der kurz vor dem Sturz des Pfund Sterling einsetzende englische Hochschulzoll-Sturm ließ die Dominien und Kolonien ganz unberührt, und die Regelung der Zollfrage mit ihnen wurde einer späteren Konferenz vorbehalten, die nun in Ottawa abgehalten wird. Inzwischen hat nun aber — neben dem tatsächlichen Übergang zum Hochschulzoll geschlossener Art — der große konservative Wahlsieg und dann die erfolgreiche Pfundstärkung aus eigenen Kräften stattgefunden, und das hat das allbritische Selbstbewußtsein gewaltig gestärkt. Allerdings hat kein einziges Dominion — mit Ausnahme Südamerikas — am Goldstandard festgehalten, aber Indien hält mit seinem Goldschatz das Pfund Sterling. Die das englische Weltreich umschließenden Völker sind politisch vielfach sehr geladert worden, aber die wirtschaftspolitischen Bande sind immer noch sehr fest. Allerdings ist die Zeit längst vorüber, als die Kolonien an das Mutterland Lebensmittel und Rohstoffe veräußerten und dafür englische Fertigwaren, Rohlen und — Kredite bezogen: vielmehr sind gerade die größten Dominien auf engste mit der Weltwirtschaft verflochten.

Darum könnte man an dem Erfolg der Konferenz von Ottawa zweifeln, wenn die englischen Konservativen mit Waldwin an der Spitze dort wirklich eine Art allbritischer „Planwirtschaft“ erreichen wollen. Seine Lebensmittelaufnahme aus den Dominien und Kolonien müßte England mit Warenausfuhr bezahlen, aber die Dominien haben selbst ihre durch Schutzzölle dieser und vieler anderer Schwierigkeiten ein weltwirtschaftlich emporgeschleppten. Und doch könnte trotz sachlich hochbedeutender Erfolge in Ottawa dadurch erzielt werden, daß England durch ein Freihandels- und Vorzugszollsystem handelspolitisch die engen Beziehungen namentlich mit den Dominien aufrechterhält und verstärkt, den anderen Völkern und Ländern gegenüber aber die jetzt vorhandenen Hochschulzölle bestehen läßt oder diese gar noch weiter erhöht.

Die Rückwirkung auf die Gestaltung des Welthandels müßte außerordentlich groß werden, wenn wirklich England auf diese Weise einen besonderen „Wirtschaftsraum“ schaffen sollte, den dann das Mutterland und die Dominien bilden würden. Das ist aber schneller ausgesprochen als durchgeführt. Denn zwei Drittel der englischen Ausfuhr gehen in nichtbritische Länder. Und das Risiko wäre dann doch sehr groß, es wegen des einen Drittels auf einen noch schwereren Zollkrieg mit der übrigen Welt ankommen zu lassen, als der jetzt geführte es ist. „Free trade“, „Freihandel“ — unter dieser Parole ist England mit der Weltwirtschaft vor dem Kriege gewachsen.

Reichskommissar in Preußen eingefetzt.

Severing erklärt, er weiche nur der Gewalt. Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes über Berlin und Brandenburg.

Berlin. Reichskanzler von Papen empfing heute vormittag 10 Uhr die preussischen Minister Hirtfelder und Severing. Im Laufe der Unterredung teilte der Reichskanzler mit, daß sich die Reichsregierung entschlossen habe, den Reichskanzler von Papen zum Reichskommissar von Preußen und Oberbürgermeister Bracht in Essen zum kommissarischen Verwalter des preussischen Innenministeriums und Leiter der Staatskanzlei einzusetzen.

In einer längeren Begründung sagt die Reichsregierung, daß sie sich zu diesem Schritte entschlossen habe, weil sich der kommunistische Strafterror immer schärfer hervorwage, weil die preussische Regierung nicht alles getan habe, um ihn zu unterdrücken.

Berlin. In der Unterredung mit dem Reichskanzler hat sich der preussische Innenminister Severing geäußert, die Verordnung des Reichspräsidenten anerkennen und erklärt, er weiche nur der Gewalt. Der Reichspräsident hat darauf eine zweite Notverordnung erlassen, wonach über Berlin und Brandenburg der militärische Ausnahmezustand erklärt wird. Die vollziehende Gewalt ist daher für Berlin und Brandenburg auf den Befehlshaber des Wehrkreises 3, General Raab, übergegangen. Ihm untersteht auch die Berliner und Brandenburger Polizei.

Die amtliche Begründung.

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Durch die Verordnung des Reichspräsidenten ist Reichskanzler von Papen zum Reichskommissar für Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft hat er auf Grund der ihm erteilten Vollmacht den Ministerpräsidenten Braum und den Minister des Innern Severing ihrer Ämter enthoben. Die Befugnisse und Aufgaben des preussischen Ministerpräsidenten sind auf den Reichskanzler als Reichskommissar für Preußen übergegangen. Die Selbstständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angetastet. Die Reichsregierung erwartet vielmehr, daß alsbald eine Beendigung des auf Grund der Notverordnung geschaffenen Ausnahmezustandes eintritt wird. Die blutigen, von Kommunisten verursachten Unruhen haben die Reichsregierung vor die schwere Aufgabe gestellt, von sich aus für Ruhe und Sicherheit im größten Teile Deutschlands zu sorgen. In den übrigen deutschen Ländern, in denen die Polizei straff geleitet wird, besteht keine Befürchtung, daß kommunistische Unruhen Erfolg haben. Die Reichsregierung bedauert lebhaft, daß diese Voraussetzungen für Preußen nicht in dem notwendigen Umfang zutreffen, obgleich die örtlichen Polizeibehörden durch Einsatz von Person und Leben sich bemüht haben, den offenbar von langer Hand vorbereiteten Unruhen Herr zu werden. In Preußen hat die Reichsregierung die Polizeimacht übernehmen müssen, da Plammäßigkeit und Zielbewußtheit der Führung gegen die kommunistische Bewegung fehlt. Es ist kein Zufall, daß gerade in Preußen die kommunistische Bewegung am stärksten und erfolgreichsten aufgetreten ist und in den verschiedensten Orten ernste und blutige Unruhen verursacht hat. Es besteht der begründete Verdacht, daß hohe preussische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist. Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Verstärkt wurde dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die ungezügelt scharfen Worte des preussischen Innenministers und anderer hoher Beamten gegen die Reichsregierung. Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Auftreten unmöglich gemacht worden. Aus diesen unerwünschten Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reiches und Preußens in der Hand des Reichskanzlers als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Befriedigung des größten deutschen Landes.

Kabinett Braun tritt nicht freiwillig zurück.

Berlin. Aus der Sitzung des preussischen Kabinetts verlautet, daß das Kabinett nicht gewillt sei, freiwillig zurückzutreten.

Vorher waren folgende Meldungen eingegangen:

Preußens Landtagspräsident fordert Reichsmaßnahmen.

Der nationalsozialistische Präsident des Preussischen Landtages, Kerl, hat nun den in einer Rede in Kassel angekündigten Brief an den Reichskanzler der Öffentlichkeit übergeben. Kerl fordert in dem Brief die Reichsregierung auf, durch eine Notverordnung die Wahl eines Ministerpräsidenten in Preußen zu erzwingen und weiterhin die Polizeigewalt in Preußen vorläufig auf das Reich zu übernehmen.

Der Brief behandelt zunächst die Frage der Ministerpräsidentenwahl. Die NSDAP sei bereit gewesen, das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen, aber ohne irgendwelche Bedingungen und Bindungen. Darauf sei das Zentrum nicht eingegangen. Die Wahl sei dann vertagt worden. Die NSDAP sei jedoch entschlossen, nach dem 31. Juli unbedingt die Wahl eines Ministerpräsidenten zu fordern. Seine Partei betrachte die Änderung der Bestimmungen über die Präsidentenwahl durch den früheren Landtag als verfassungswidrig und werde den Staatsgerichtshof in dieser Sache anrufen. Die Verfassung zwingt den Landtag, unbedingt einen Ministerpräsidenten zu wählen, um diese Pflicht läme er nicht herum. Um die Rechte der Verfassung in Preußen wiederherzustellen, sei ein Eingreifen des Reiches notwendig. Zum Schluß geht der Brief auf die Frage der Ordnung und Sicherheit ein und sagt: Mit tiefer Beforgnis habe ich in den letzten Monaten beobachtet müssen, wie sich die kommunistische und die sozialdemokratische Propaganda unbehindert überheben durfte, wie in ihrer Auswirkung die Unsicherheit im Lande anwuchs und Überfälle und Morde sich von Tag zu Tag in erschreckendem Maße mehrten. Ich habe nicht die Überzeugung gewonnen, daß von seiten der geschäftsfähigen preussischen Regierung die ihr zu Gebote stehenden Machtmittel in der Weise gebraucht worden sind, wie es zur Verhinderung des Schwindens der Staatsautorität notwendig gewesen wäre.

Besprechung des Reichskanzlers mit Hirtfelder und Severing.

Wie verlautet, hat Reichskanzler von Papen die preussischen Minister Hirtfelder und Severing für Mittwoch zu einer Besprechung zu sich gebeten.

Die Besprechung mit dem Reichskanzler.

Vor wichtigen Entschlüssen der Reichsregierung. Zu der Besprechung des Reichskanzlers mit Hirtfelder und Severing verlautet: Die Reichsregierung wird darüber Aufklärung erbiten, was in Preußen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung unternommen wird. Falls die preussischen Minister Hirtfelder und Severing in der Mittwoch-Besprechung mit dem Reichskanzler nicht in der Lage sein sollten, eine befriedigende Erklärung abzugeben, so ist damit zu rechnen, daß die Reichsregierung sofort von sich aus entscheidende Maßnahmen beschließen wird. Die preussischen Minister dürften deshalb allein gebeten worden sein, weil nach Auffassung der Reichsregierung die kritischen Unruhen fast nur in Preußen vorgekommen sind und es sich erwiesen hat, daß die preussische Polizei in vielen Fällen nicht Herr der Lage war.

Berliner Pressestimmen.

Berlin, 20. Juli. Eine Reihe Berliner Blätter beschäftigen sich eingehend mit der heutigen Besprechung des Reichskanzlers mit den preussischen Ministern Hirtfelder und Severing. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß dabei die Entscheidung über die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen fallen werde. Nach der „D.A.Z.“ wird in politischen Krei-

■ Fördert die Ortspresse ■